

Mansholt, Sicco Leendert

Article — Digitized Version

Erstarrung und Rückschritt in der Landwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mansholt, Sicco Leendert (1970) : Erstarrung und Rückschritt in der Landwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 1, pp. 31-34

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134063>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erstarrung und Rückschritt in der Landwirtschaft

Ein Gespräch mit Dr. Sicco Mansholt, Brüssel

WD: Herr Dr. Mansholt, die Wechselkursänderungen in Frankreich und in der Bundesrepublik haben gezeigt, daß eine einheitliche EWG-Agrarpreispolitik nur nach einer Harmonisierung der Währungspolitik der Mitgliedstaaten Erfolg haben kann. Bedeuten die eingeführten Import- und Exportvergünstigungen bzw. -restriktionen den ersten Schritt zu einer Rückkehr zu einer nationalen Agrarpreispolitik, wie sie neuerdings von seiten der Bauernverbände gefordert wird?

MANSHOLT: Wir sind der Meinung, daß es keine Einfuhrrestriktionen und Ausfuhrbegünstigungen in der Gemeinschaft geben soll. Wenn wir den einheitlichen Agrarmarkt beibehalten wollen, müssen wir sie vermeiden. Die Lösung dieser Schwierigkeiten besteht in der Zahlung von Subventionen an die Bauern. Und das hat der Ministerrat letztlich auch beschlossen.

Der fiktive Grüne Dollar

WD: Damit wird aber noch nicht das währungspolitische Dilemma gelöst. Muß dazu nicht auch bei dem „Grünen Dollar“, der Rechnungseinheit, angesetzt werden, solange keine gemeinsame Währungspolitik besteht?

MANSHOLT: Aber der „Grüne Dollar“ hat doch damit nichts zu tun. Der „Grüne Dollar“ besteht in dieser Form ja gar nicht.

Sie müssen verstehen, daß der „Grüne Dollar“ nur eine fiktive Idee ist, weil die Wechselkurse noch nicht konstant sind. Nehmen wir mal ein Beispiel: Ein Groninger Bauer verkauft seinen Weizen für – sagen wir – 360 Gulden pro dz, und zur selben Zeit verkauft auch ein Bauer in Ostfriesland auf dem freien Markt. Vor der Aufwertung erreichten beide einen DM-Preis von ungefähr 400 DM. Stellen Sie sich nun eine 10%ige Aufwertung der DM vor. Der Groninger Bauer erzielt immer noch 360 Gulden, und er kann seinen Weizen zum Preise von 360 Gulden exportieren, d. h. er bekommt nun 360 DM dafür in Deutschland, da der Gulden nun gleich einer DM ist. Nun, Sie sehen, ich habe die Bezeichnung „Grüner Dollar“ gar nicht benutzt. Das ist nur ein Fiktum. Der „Grüne Dollar“ besteht gar nicht.

WD: Schon, aber das setzt voraus, daß bei Aufwertungen immer die Preise gesenkt werden und gleichzeitig die Bauern entsprechend mit Subventionen zufriedengestellt werden.

MANSHOLT: Ja. Wir müssen zugeben, daß die deutschen Bauern im Moment geringere Erlöse erzielen. Deshalb haben wir gesagt, man muß ihnen wegen dieser Einkommensnachteile für einige Jahre eine Subvention zahlen, und deshalb haben wir vorgeschlagen, für vier Jahre 1,7 Mrd. DM zu zahlen.

Man könnte sich nun fragen, warum diese Schwierigkeiten nicht auch bei Industrieprodukten auftauchen. Aber auch in diesem Fall spielt sich eigentlich dasselbe ab. Wenn eine Paritätsänderung vorgenommen wird, entsteht ein Preisdruck. Dieser wirkt sich aber nicht im selben Moment in voller Stärke aus, im Gegensatz zum Agrarmarkt, und warum? Weil die Agrarpreise durch die Interventionen künstlich hochgehalten werden. Nach der Aufwertung muß die Intervention statt bei 400 DM bei 360 DM einsetzen. Und dieser Interventionspunkt wird zum selben Zeitpunkt wie die Aufwertung herabgesetzt. Darum muß man einfach mit Subventionen aushelfen. Bei Textilien, Schuhen oder Automobilen pendeln sich die Preise dagegen allmählich auf einem neuen Niveau ein.

Die simplifizierte Einstellung des Bauernverbandes, der sagt, wir wollen den „Grünen Dollar“ nicht, ist ein Schlag in die Luft. Wenn man das sagt, dann bedeutet das, wir wollen keine gemeinsame Preispolitik und somit keinen Gemeinsamen Markt.

Abbau der Subventionen . . .

WD: Wie vertragen sich eigentlich diese Subventionen mit einer effizienten Strukturpolitik? Eine effiziente Strukturpolitik setzt doch voraus, daß man diese Subventionen abbaut?

MANSHOLT: Ja, das ist auch sehr deutlich gesagt worden. Diese Subventionen sollen zwar für vier Jahre die Einkommenseinbuße ausgleichen, aber sie sollen schon während der vier Jahre degressiv verlaufen, und sie sollen allmählich in soziale Strukturmaßnahmen umgewandelt werden.

WD: Sie reden immer von vier Jahren. In diesen vier Jahren wird vielleicht auch Großbritannien der Gemeinschaft beitreten. Würde nicht der Beitritt Großbritanniens, des größten Nahrungsmittelimporteurs der Welt, viele dieser Probleme erleichtern?

MANSHOLT: Nein, bestimmt nicht. Die Strukturmaßnahmen würden sogar noch dringender werden. Unsere Struktur ist, verglichen mit der dänischen und der englischen, nicht konkurrenzfähig. Unser Preisniveau wiederum ist auf unsere Struktur abgestimmt. Deshalb haben wir so hohe Preise in der Gemeinschaft, höhere als in England und noch höhere als in Dänemark. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich mit der Strukturverbesserung anfangen, damit wir uns dem Markt der Zehn, d. h. also sechs plus England, Irland, Norwegen, Dänemark, anpassen. Wenn wir die Preise, die wir jetzt haben, einer Gemeinschaft der Zehn auferlegen wollten, dann würden wir eine unmögliche Marktsituation heraufbeschwören. Z. B. würde die deutsche Milchproduktion stark angekurbelt werden, ebenso die dänische und die englische, die jetzt noch relativ niedrig sind. Unser Preisniveau ist also für die Gemeinschaft von Zehn unhaltbar.

WD: Berücksichtigt der Plan, den Sie veröffentlicht haben, diese Aspekte eines eventuellen Beitritts dieser vier Länder?

MANSHOLT: Selbstverständlich. Das haben wir auch schon

in unserem Gutachten betont. In diesem Memorandum steht, daß die neue Strukturpolitik angesichts des Beitritts Englands eine Notwendigkeit geworden ist.

... und verstärkte Strukturpolitik

WD: Welche Chancen geben Sie nun selbst Ihren strukturpolitischen Plänen? Die magische Zahl 1980 taucht immer wieder auf. Glauben Sie wirklich, daß bis 1980 die gewünschten Strukturveränderungen durchgeführt werden können?

MANSHOLT: Ich bin sogar überzeugt, daß es schneller geht. Es gibt einfach keine Alternative. Und auch die Bauern verstehen das. Am wenigsten versteht es vielleicht noch die organisierte Bauernschaft in Deutschland. Aber Sie müssen einmal mit den Jungbauern sprechen. Ich bin überzeugt, daß auch hier die Einsicht sich durchsetzen wird.

WD: Sind aufgrund Ihres Planes schon irgendwelche positive Entwicklungen zu verzeichnen?

MANSHOLT: Oh ja, einige Auswirkungen sind schon zu erkennen. In Frankreich ist die Altershilfe eingeführt worden. Damit werden die älteren Landwirte unterstützt, die im Sinne unseres Programms aus der Landwirtschaft ausscheiden und ihren Boden abgeben werden. In Italien wartet man nur noch auf die Entscheidungen des Ministerrats. In Holland geht man auch in diese Richtung. Überall ist zu sehen, daß dieses Programm auf die nationalen Programme einwirkt. Am deutlichsten ist das beim Höcherl-Plan zu erkennen, der in mancher Hinsicht weitgehend mit dem übereinstimmt, was wir vorgeschlagen haben – vielleicht nicht so konkret, nicht so hart und nicht so deutlich, aber die ganze Tendenz des Höcherl-Plans stimmt doch mit unserem Programm überein. Und ich

hoffe nur, daß er von der neuen deutschen Regierung beibehalten wird. Insgesamt sind also die Zeichen gut.

Sonderproblem Nebenerwerbsbetriebe

WD: Man hat das Gefühl, daß sich Ihr Plan vor allem auf die italienische und französische Landwirtschaft bezieht. In Deutschland sind doch die Verhältnisse anders.

MANSHOLT: Nein, da bin ich anderer Meinung. Worin bestehen denn die anderen Verhältnisse in Deutschland? Etwa darin, daß dort mehr Möglichkeiten für Nebenerwerbsbetriebe vorhanden sind?...

WD: ... zum Beispiel!

MANSHOLT: Aber man darf doch keine Scheuklappen haben. Der „Grüne Bericht“ zeigt, daß die Anzahl der Nebenerwerbsbetriebe praktisch nicht mehr zunimmt; in den letzten drei Jahren ist ihre Zahl fast konstant geblieben. Es gibt also keine größeren Nebenerwerbsmöglichkeiten mehr. Weiterhin ist festzustellen, daß nur $\frac{1}{6}$ der Vollerwerbsbetriebe den Vergleichslohn erzielt – wenn der „Grüne Plan“ also von $\frac{1}{3}$ spricht, so ist das nicht wahr. Dabei wird ein zu niedriger Maßstab verwandt. Wenn man den europäischen Vergleichslohn als Maßstab benutzt, und der deutsche Vergleichslohn in der Industrie dürfte nicht niedriger liegen als der europäische, dann kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß noch nicht einmal $\frac{1}{6}$ der Vollerwerbsbetriebe den Vergleichslohn erzielt. Zusätzlich wird jetzt in Deutschland der Vergleichslohn sehr stark ansteigen. Wir werden jetzt eine Lohnrunde haben von 8, 9, vielleicht 10%. Die deutschen Landwirte bleiben aber zurück. Ich sehe also gar nicht, daß die Umstände in Deutschland günstiger sind als

in Frankreich. Sie sind ebenso schlecht. Und ich wundere mich immer mehr darüber, daß das vom Bauernverband so still hingenommen wird. Das verstehe ich nicht.

Aber andererseits, wenn man den Nebenerwerbsbetrieb will, dann soll man ihn behalten. Ich halte ihn allerdings nicht für eine endgültige Lösung. Und dafür habe ich gute Gründe. Auch sehe ich es nicht als eine sozial gute Lösung an, daß die Frau auf den kleinen Bauernhöfen arbeiten soll, während der Mann in die Industrie arbeiten geht. Diese Böden könnten viel besser dazu benutzt werden, die Betriebe der anderen, die in der Landwirtschaft bleiben wollen, zu vergrößern. Durch das Beibehalten von vielen Nebenerwerbsbetrieben wird nur die gesamte Struktur in Deutschland verfestigt. Und diese Erstarrung in der deutschen Landwirtschaft führt natürlich zu Preisproblemen.

Finanzierung des Mansholt-Plans

WD: Praktisch ist also in jedem Land eine aktive Strukturpolitik mit der Folge von großen Umwandlungen nötig. In Ihrem Plan ist aber die Finanzierung etwas kurz weggekommen. Bestehen inzwischen weitergehende Vorschläge?

MANSHOLT: Sie liegen bereits konkret auf dem Tisch. Die Ausgaben betragen jetzt 2,6 Mrd. \$ für die Marktstützungen und 285 Mill. \$ für die Ausrichtung, also abgerundet 2,9 Mrd. \$. Wenn hinsichtlich der Marktstützungen nichts geschieht, wenn wir also die gegenwärtigen Preise beibehalten, dann werden die Markt-Ausgaben in fünf Jahren auf 3,4 Mrd. \$ steigen. Deshalb wollen und müssen wir die Überschüsse abbauen und die Preise herabsetzen. Dann könnten wir die Ausgaben auf 2,4 Mrd. \$ senken.

WD: Glauben Sie, daß Sie das durchsetzen können?

MANSHOLT: Ja, davon bin ich überzeugt. Diese Herabsetzung der Ausgaben für die Marktstützungen bedeutet ja nicht, daß für die Landwirtschaft weniger aufgewandt werden soll.

Wir gehen davon aus, daß unser Budget heute 2,9 Mrd. \$ beträgt und zukünftig mit einer normalen Rate von 5 % pro Jahr steigen wird. Es wird sich also von rd. 2,9 Mrd. \$ auf 3,7 Mrd. \$ erhöhen. Dieses Budget wird nicht viel höher sein als dann, wenn keine Umstrukturierung vorgenommen wird. Bei Beibehaltung der heutigen Verhältnisse würde es also auch 3,7

Mrd. \$ betragen. Eine Durchführung unseres Programms würde dagegen bedeuten, daß wir mit der Herabsetzung der Ausgaben für die Marktstützungen Mittel freisetzen können, die zusammen mit der 5 %igen Steigerung den Struktur- und Sozialmaßnahmen zugute kommen. Insgesamt würden in diesen fünf Jahren 5,6 Mrd. \$ dem Fonds für das Strukturprogramm zufließen. Von den Mitgliedsländern fordern wir denselben Betrag aus ihren eigenen Programmen. Zusammen ständen also rd. 11,2 Mrd. \$ in den fünf Jahren für die Strukturpolitik zur Verfügung. Sie sehen also, daß wir abgesehen von der 5 %igen Steigerung pro Jahr nicht mehr Geld fordern, sondern daß wir verlangen, daß es anders eingesetzt wird. Herab mit den Ausgaben für die Preisstützung, herauf mit den Mitteln für Struktur- und Sozialmaßnahmen.

WD: Das würde dann natürlich auch den Beitritt anderer Länder erleichtern.

MANSHOLT: Ich kann nur wiederholen, daß diese Maßnahmen eine Notwendigkeit darstellen. Man kann natürlich sehr schöne Worte über Englands Beitritt verlieren und über die Schwierigkeiten in der Agrarpolitik sprechen. Wenn man

Bei der DEUTSCHEN BUNDESBAHN

sind Ihre Transporte in guten Händen.

Wir bieten Ihnen

- moderne Güterwagen
- geeignete Waggons für Ihre Transcontainer
- Großbehälter verschiedener Bauarten
- preisgünstige Frachten

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg

aber nicht bereit ist, seine eigene Agrarpolitik an den Notwendigkeiten einer Agrarpolitik der Zehn auszurichten, dann ist das alles nur politisches Bla-bla.

EWG-Beitritt anderer Länder

WD: Wären Sie also dafür, agrarpolitische Regelungen in Absprache mit den anderen vier Ländern zu treffen?

MANSHOLT: Wir mußten erst dafür sorgen, daß die gemeinsame Finanzierung geregelt wurde. Das war ein politisches Problem. Ich war aber davon überzeugt, daß die gemeinsame Finanzierung vor Ende des Jahres beschlossen werden würde. Ich glaubte daran, daß die Frage der gemeinsamen Finanzierung leicht zu lösen ist, wenn man zeigt, daß die Finanzierung in erträglichen Grenzen bleibt. Denn es ist für die Finanzminister und für die Regierungen nicht akzeptabel, finanzielle Lasten zu übernehmen, wenn sie nicht wissen, wohin die Reise geht.

Aber nun müssen wir eine vernünftige Struktur- und Agrarpolitik betreiben, d. h. wir müssen ein Gleichgewicht erreichen. Wir können doch neu hinzutretende Länder nicht mit einem großen Ungleichgewicht aus der Vergangenheit belasten. Das ist doch unmöglich und unrealistisch. Man kann doch nicht von England und Dänemark verlangen, daß sie sich an unseren großen Überschüssen, an unserem Butterberg, Zuckerberg und Getreideberg beteiligen. Das ist doch eine ganz und gar unrealistische Politik.

Wir haben schon im vorigen Jahr Vorschläge für die Landwirtschaftsminister gemacht, um die Produktion zu meistern, denn das ist die große Frage, wie können wir die Produktion meistern? Sie haben nicht gesagt, daß die Vorschläge gut oder schlecht waren,

sie haben sie nur vor sich hergeschoben, weil es immer wieder Wahlen gibt. Es gab französische Wahlen, es gab deutsche Wahlen, es gab hier Wahlen und da Wahlen. Man ist nicht an die Aufgabe herangetreten, das ist die Lage. Es geht jetzt nicht so weiter. Auch die Bauern wollen das Problem gelöst haben.

WD: Ja, aber anders.

MANSHOLT: Ja, in Deutschland. Dort wollen die Bauern die Preise hochhalten. Dadurch verschlechtert sich ihre Situation langfristig immer mehr. Der deutsche Bauernverband betreibt kurzfristige Augenwischerei, nichts anderes. Wenn der deutsche Bauernverband gegen die jetzigen Zuschüsse an die Bauern und für Grenzabgaben bei Beibehaltung der hohen Preise ist, dann verkennt er die Realitäten. Denn solch eine Politik würde bedeuten, daß die restlichen Länder der Gemeinschaft ihre Preise auf das neu erhöhte Preisniveau in Deutschland anpassen müßten. Das ganze Agrarpreisniveau müßte um 8,5 % steigen; Frankreich, das größte Agrarproduktionsland, müßte also einen Sprung machen von ca. 20 %, da es ja um 11 % abgewertet hat. Das ist eine Unmöglichkeit. Die deutsche Regierung hatte Gottseidank den Mut, dem Vorschlag: Preisherabsetzung, aber Zuschüsse, zuzustimmen.

Koordinierung der Währungs- und Wirtschaftspolitik

WD: Die Aufwertung der DM und Abwertung des Franc haben also gezeigt, daß es wirklich ein Muß ist, die Währungspolitik und die Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren innerhalb der Gemeinschaft zu koordinieren.

MANSHOLT: Das ist richtig. Ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und ohne eine ge-

meinschaftliche Währungspolitik kann auch keine vernünftige Agrarpolitik betrieben werden. Allerdings hat sich gezeigt, daß der Agrarmarkt noch da ist, obwohl es in Deutschland und in Frankreich Währungsveränderungen gegeben hat.

Auf dem Gipfeltreffen in Den Haag haben alle Politiker für eine Vertiefung der Gemeinschaft gestimmt. Das bedeutet auf wirtschaftlichem Gebiet eine gemeinsame Währungspolitik und Wirtschaftspolitik. Eigentlich freue ich mich über diese ganze Krisensituation. Aufgrund dieser Krise haben die Regierungschefs der EWG in Den Haag den Schritt nach vorn gemacht.

WD: Der Ausschluß Frankreichs aus dem Agrarmarkt für zwei Jahre ist aber doch ein ausgesprochener Rückschritt.

MANSHOLT: Das ist ein Schritt zurück, das kann ich nicht verneinen. Aber die französische Regierung hat diese Maßnahme aus konjunkturellen Gründen getroffen. Um einen zu starken Anstieg der Lebenshaltungskosten zu vermeiden, wurde vom Ministerrat beschlossen, die Agrarpreise in Frankreich relativ herabzusetzen und einen Ausgleich an der Grenze zuzulassen. In zwei Jahren müssen die Preise an die der Gemeinschaft wieder angeglichen worden sein. Ich glaube, das wird schon eher geschehen.

Wenn ähnliche Rückschläge in Zukunft nicht stattfinden sollen, dann muß eine gemeinsame Wirtschaftspolitik beschlossen werden. Solange es diese noch nicht gibt, werden wir nicht darum herumkommen, Grenzmaßnahmen oder Zuschüsse an die Bauern verabschieden zu müssen. Der Kranke ist da, das ist Europa. Wir dürfen nicht mehr länger nur am Symptom herumkurieren.